

Die Krippen-Allianz ist in heller Aufregung

Der Ständerat könnte die Pläne von Mitte-links und Arbeitgebern durchkreuzen

KATHARINA FONTANA, BERN

Es hätte der krönende Abschluss der ablaufenden «Frauenlegislatur» werden und den Initiantinnen einen Ehrenplatz in der feministischen Ahnengalerie sichern sollen: das Kita-Gesetz, das den Bund definitiv zum Zahlvater für Krippenplätze machen will. Doch aus der Krönung wird vorerst nichts, denn die Sache wurde von der vorberatenden Ständeratskommission vertagt und auf die neue Legislatur verschoben.

Der Ärger der Frauenpolitikerinnen aus den Mitte-links-Reihen ist gross. Tatsächlich hatte es lange danach ausgesehen, dass das Kita-Gesetz wie auf Schienen durchs Parlament ziehen würde und niemand es mehr aufhalten könnte. Der bruske Stopp kurz vor dem Ziel wirkt da natürlich wie eine kalte Dusche. Dabei hatte man sich gut vorbereitet, Allianzen geschmiedet, den Arbeitgeberverband ins Boot geholt, auf die Anhörung von Experten Einfluss genommen, Parlamentarierinnen in die zuständigen Kommissionen entsandt.

Auch Arbeitgeber sollen zahlen

Im Nationalrat funktionierte das bestens. Eine breite Allianz setzte sich im letzten März gegen die SVP, die FDP und den Bundesrat durch. Sie beschloss, dass künftig alle Eltern, die ihre Kinder ausser Haus in einer Kinderkrippe oder in einer anderen Institution betreuen lassen, bis zum Ende der Primarschulzeit einen Anspruch auf Bundesgelder erhalten, und zwar im Umfang von 20 Prozent der Kosten. Wie viel die Eltern verdienen und ob sie auf das Geld angewiesen sind, spielt keine Rolle. Die Bundeskasse soll dies rund 700 Millionen Franken pro Jahr kosten, Tendenz stark steigend.

In der Ständeratskommission hat die familienpolitische Euphorie aus dem Nationalrat dagegen nicht eingeschlagen. Zwar spricht auch sie sich grundsätzlich für eine finanzielle Unterstützung der Eltern aus. Gleichzeitig sieht die Mehrheit ein Problem darin, in Zeiten von strukturellen Defiziten eine neue Sozialleistung einzuführen. Auch die Frage, warum plötzlich der Bund für die Familienpolitik zuständig sein soll und ob sich das vor der Verfassung rechtfertigen lässt, treibt die Ständeräte



Den Kindern ist es egal, wer für ihren Aufenthalt in einer Betreuungsinstitution aufkommt.

ANDREAS ARNOLD / KEYSTONE

um. Und so tendiert die Mehrheit zu einem alternativen Modell, das an den bestehenden Familienzulagen anknüpft.

Die Idee geht dahin, im Bundesgesetz über die Familienzulagen ein neues zusätzliches Instrument, eine sogenannte Betreuungszulage, einzuführen. Anspruch darauf sollen Eltern haben, die effektiv eine Kinderbetreuung brauchen, um arbeiten zu können; wer seine Zeit für andere Dinge einsetzt als Arbeit, soll also nicht subventioniert werden. Auch will man nicht nur die «institutionalisierte» Kollektivbetreuung der Kinder mitfinanzieren, wie das der Nationalrat vorschlägt, sondern es den Familien selber überlassen, wie sie sich organisieren. Das dürfte all jene Eltern freuen, die auf eine private Hilfe wie eine Kinderfrau zählen – weil sie unregelmässige Arbeitszeiten haben oder weil sie ihre Kinder bis zum Kindergartenalter zu Hause be-

treuen lassen wollen. Warum eine private im Unterschied zu einer «institutionalisierten» Betreuung keinen Zuschuss erhalten soll, lässt sich nicht logisch begründen – nur ideologisch.

Das Modell der Ständeratskommission sorgt im Lager der Krippen-Allianz für helle Aufregung. Nicht nur Mitte-links, sondern auch die Arbeitgeber befinden sich in Alarmstimmung. Der Schweizerische Arbeitgeberverband sieht horrenden Ausgaben auf die Firmen zukommen, sollte die neue Betreuungszulage analog zu den Familienzulagen ausgestaltet sein. Diese werden in praktisch allen Kantonen durch die Arbeitgeber finanziert.

Es sei unverständlich, dass die bürgerliche Mehrheit der Kommission ein Finanzierungsmodell prüfen lasse, das praktisch vollumfänglich die Arbeitgeber in die Pflicht nehmen würde, kritisiert der

Verband. Ein solches Modell würde man entschieden ablehnen. Voll des Lobes sind die Arbeitgeber dagegen über den Vorschlag des Nationalrats: Es handle sich um ein «fein austariertes» Konzept. Dass dieses «fein austarierte» Konzept die Wirtschaft nichts kostet und aus der Bundeskasse finanziert wird, dürfte nicht unwesentlich zur Begeisterung beitragen. Die Ständeratskommission sieht das anders und hält es für gerechtfertigt, dass auch die Wirtschaft bei den Krippen mitbezahlt und nicht (nur) der Bund.

Die Ständeräte dürften mit dieser Zurückhaltung bei Bundesrätin Karin Keller-Sutter offene Türen einrennen. Die Finanzministerin ist keineswegs erpicht darauf, dass aus der Bundeskasse Leistungen finanziert werden sollen, die (wenn überhaupt) in den Aufgabenbereich der Kantone fallen. So hat sie, ganz die geschickte Taktikerin, vor den

Sommerferien eine Vorlage in die Vernehmlassung geschickt, welche die Kantone bei der Kinderbetreuung weiterhin in der Pflicht behalten will. Konkret sollen die Kantone einen geringeren Anteil an der Bundessteuer erhalten, so dass sie die Krippen-Vorlage indirekt mitfinanzieren. Die Kantone haben das Kita-Gesetz bis anhin fast einhellig unterstützt, in der Annahme, dass es sie nichts koste. Man wird sehen, ob sich das nun ändert.

Zum «Reality-Check» aufgerufen

Die Ständeratskommission plant, an ihrer nächsten Sitzung im Oktober über die Betreuungszulage zu beraten. Noch offen ist, wie die Finanzierung geregelt werden soll: ob nur die Arbeitgeber oder auch die Arbeitnehmer bezahlen sollen und ob allenfalls auch der Bund Zuschüsse leisten müsste. Voraussichtlich in der Wintersession – der ersten der neuen Legislatur und in teilweise neuer Besetzung – soll sich dann das Plenum des Ständerates mit dem Kita-Geschäft befassen und entscheiden, welchen Weg man gehen will.

Bis dahin dürften die Wogen weiterhin hochgehen. Der Frauendachverband Alliance F protestiert gegen die «Scheinselösung» der Ständeratskommission, welche die Arbeitgeber belastet und die Erwerbsarbeit verteuert. Die Co-Präsidentinnen, die Grünliberale Kathrin Bertschy und die Grüne Maya Graf, haben eine Petition gestartet, mit der die finanzielle Entlastung der Eltern – «und zwar Jetzt!» – verlangt wird sowie die Rückkehr zum Vorschlag des Nationalrats. Zudem werden die Alliance-F-Anhängerinnen aufgerufen, beim «Reality-Check für die Herren und Damen Ständeräte» mitzuhelfen und ihre Kita-Rechnungen beim Frauendachverband hochzuladen. Diese wollen die Alliance-F-Damen anschliessend dem Ständerat übergeben.

Auch mehr oder weniger Prominente machen bei der Aktion mit und setzen sich dafür ein, die Ständeräte zu bekehren. So empört sich derzeit die Musikerin und Vollzeitmutter Sophie Hunger auf allen Kanälen über die hohen Krippenkosten. Der Nationalrat habe ein «schönes Gesetz» vorgelegt. «Und was macht jetzt der Ständerat? Er kommt als Letzter durch die Tür und wirft ohne Not alles über den Haufen.» Das nennt man auch Zweikammersystem.